

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 23.09.2015

AN/1462/2015

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	28.09.2015

Gesamtschule Nippes – Gefährdung der Oberstufe

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Elternschaft der Gesamtschule Nippes ist derzeit stark beunruhigt. Gründe sind auf der einen Seite der mangelnde Baufortschritt des Neubaus und die Sorge um eine nicht fristgerechte Umsetzung der geplanten Interimslösung für die Oberstufe auf der anderen Seite.

Diese Interimslösung, die auf dem Longericher Marktplatz (Schlackstr.) realisiert werden soll, wird für einen Oberstufenjahrgang als knapp bemessen gewertet.

Der Aufbau der Gesamtschule Nippes wurde bisher mit hohem Engagement des Lehrerkollegiums, der Elternschaft und auch der Verwaltung vorangetrieben. Die insgesamt sehr positive Entwicklung der Schule darf nicht durch Unsicherheit in Bezug auf den Aufbau der Oberstufe gefährdet werden. Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern benötigen Planungssicherheit, anderenfalls werden sie sich frühzeitig nach alternativen Oberstufenplätzen umsehen.

Wir bitten daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen und der Bauarbeiten zur neuen Gesamtschule Nippes?

2. Wie sieht die Zeitplanung zur Umsetzung des Ausweichstandortes Schlackstraße aus und wie stellt die Verwaltung sicher, dass die baulichen Voraussetzungen zur Überleitung der qualifizierten Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe zum Sommer 2016 gegeben sind?
3. Die Kapazitäten an der Schlackstraße sind sehr begrenzt. Gibt es Planungen für den Fall, dass der Schulneubau in 2017 nicht bezogen werden kann und weitere Plätze für einen zweiten Oberstufenjahrgang gefunden werden müssen? Wenn ja, welche?
4. Beabsichtigt die Verwaltung, Eltern, Schülerinnen und Schüler über die aktuelle Entwicklung zu informieren, um Verunsicherungen oder Fehlinformationen entgegenzuwirken? In welcher Form soll dies geschehen?
5. Ist die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde über diese Entwicklung informiert und wie sieht sie dies?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer